



Wer falsch rechnet, muss Ausreden finden

Stuttgart, den 22. Juli 2025 PM |

Landesschülerbeirat kritisiert fehlende Transparenz und mögliche Missstände bei der Mittelverwaltung des Kultusministeriums

Worum es uns geht:

- Wir wollten Transparenz über mögliche Missstände bei der Mittelverwaltung.
- Unsere schriftliche Anfrage – blieb unbeantwortet
- Unsere damalige Vermutung hat sich inzwischen bestätigt.
- Das Kultusministerium sucht Ausreden, statt Verantwortung zu übernehmen.
- Jetzt braucht es Aufarbeitung, Entschuldigungen und konkrete Entschädigungen.

Unsere Anfrage – und warum wir sie gestellt haben

Im April 2024 begann die Amtszeit des aktuellen 16. Landesschülerbeirats. Bereits kurz nach unserem Amtsantritt haben wir immer wieder wahrgenommen, dass verschiedene Akteur:innen Missstände in der Mittelverwaltung des Kultusministeriums vermuten. Um mögliche Unregelmäßigkeiten transparenter zu machen und unsere Positionen in die Diskussionen zum Doppelhaushalt 2025/26 einzubringen, haben wir uns im August 2024 dazu entschieden, eine schriftliche Anfrage an das Kultusministerium zu stellen. Besonders brisant waren dabei zwei Fragen:

Frage 3:

„Wie hoch ist jeweils die Summe der eingeplanten Ausgaben des jeweiligen Einzelplans 04 – Ministerium Kultus, Jugend und Sport – der Jahre 2020, 2021, 2022 und 2023, welche in den jeweiligen Jahren jedoch nicht abgerufen wurden?“

Frage 12:

„Leider ist es uns nicht möglich gewesen, die Personalkosten vollständig nachzuvollziehen. Es wäre daher sehr hilfreich, wenn Sie die Personalkosten für die Mitarbeiter des Ministeriums, der oberen Schulaufsicht, der Schulämter, des ZSL, des IBBW und die Kosten für die Lehrkräfte der einzelnen Schularten für uns aufschlüsseln könnten. Außerdem wäre es in diesem Zusammenhang zur besseren Einordnung wichtig zu wissen, auf wie viele Mitarbeitende sich die jeweilige Summe verteilt.“

Die vollständige Anfrage finden Sie anbei.

Gespräche statt Antworten

Im Nachgang zu unserer Anfrage gab es mehrere Gespräche mit Mitarbeitenden des Kultusministeriums. In diesen Gesprächen wurde uns mitgeteilt, dass man es grundsätzlich für wichtig halte, dass wir uns zu haushaltspolitischen Fragen äußern. Statt einer schriftlichen Beantwortung schlug man uns jedoch vor, dass jemand aus dem Ministerium mit Fachkenntnissen zu den Themen unserer Anfrage in eine unserer Sitzungen kommt. Das haben wir abgelehnt, weil wir auf eine schriftliche Anfrage auch schriftliche Antworten wollten – vor allem, um Dinge nachvollziehen zu können und auch um

Missverständnisse zu vermeiden. Unser ausdrücklicher Wunsch wurde nicht erfüllt. Eine schriftliche Stellungnahme haben wir bis heute nicht erhalten.

Öffentlich angemahnt – aber nicht gehört

Dieser Umstand ließ uns auch in den folgenden Monaten keine Ruhe. Am 10. Dezember 2024 haben wir deshalb – zusammen mit dem Dachverband der Jugendgemeinderäte – bereits öffentlich angemahnt, dass unsere Anfrage nicht beantwortet wurde. Wir forderten das Kultusministerium erneut auf, uns und der Öffentlichkeit gegenüber endlich Transparenz über die nicht abgerufenen Mittel herzustellen.

Diese Aufforderung wurde vom Ministerium weder aufgegriffen noch in irgendeiner Weise beantwortet. Unsere damalige Pressemitteilung finden Sie ebenfalls anbei.

Zutreffende Vermutungen

Inzwischen zeigt sich: Unsere Vermutung war richtig. Es gibt Missstände in der Mittelverwaltung des Kultusministeriums.

„Das Kultusministerium hat damit eindrucksvoll gezeigt, was passiert, wenn man junge Menschen nicht ernst nimmt – und sich damit gleich doppelt blamiert“, so Joshua Meisel, der Vorsitzende des Landesschülerbeirats.

Es bleibt für uns jedoch weiterhin die Frage: Was ist mit den restlichen nicht abgerufenen Mitteln passiert? Unsere Forderung ist aktuell und dringlich: Wir wollen wissen, wie hoch die Mittel waren, die in den letzten Jahren nicht abgerufen wurden – und warum. Handelt es sich hier um Mittel für die Geister-Lehrkräfte oder kommen diese nicht ausgegebenen Mittel noch hinzu?

Für das Haushaltsjahr 2024 vermuten wir, dass bis zu 1 Milliarde Euro nicht abgerufen wurden. Selbst wenn die 1.440 „Geister-Lehrkräfte“ hier dazugehören würden, erklären sie davon lediglich 120 Millionen Euro.

„Aktuell spricht also alles dafür, dass wir es insgesamt mit einem erheblichen Missstand in der Mittelverwaltung des Kultusministeriums zu tun haben“, so Meisel weiter.

Es ist aus unserer Sicht nicht unwahrscheinlich, dass sich im weiteren Verlauf der Aufarbeitung noch weitere falsch ausgewiesene Lehrkräftestellen finden – oder dass die Mittelverwaltung an anderer Stelle versagt.

Verantwortung statt Ablenkung

Unverständlich ist für uns, wie solch hohe Summen nicht bemerkt werden und falls doch, warum man nichts unternommen hat. Warum hat das Kultusministerium nicht früher geprüft, warum Mittel nicht abgerufen wurden? Sollte sich der Anstieg der nicht abgerufenen Mittel – wie von uns vermutet – seit 2020 mindestens verdoppelt haben, wäre das fahrlässig, zeigt eine schlechte Mittelbewirtschaftung und ist ein handfester Skandal. Als Reaktion auf unsere Pressemitteilung zu den Geister-Lehrkräften vom 16. Juli 2025 kündigte das Kultusministerium an, die Vorwürfe intern prüfen zu wollen. Wir finden es bedauerlich, dass die Anfrage erst jetzt erneut unter den aktuellen Umständen geprüft wird – und nicht bereits im Dezember, als wir öffentlich Aufklärung gefordert haben.

Im weiteren Verlauf wurde vom Kultusministerium zudem kritisiert, wir hätten Frau Ministerin Theresa Schopper bei ihrem Besuch in unserem Gremium am 20. September diese Fragen stellen können. Wie bereits eingangs erwähnt, haben wir aber klar gefordert, dass wir auf eine schriftliche Anfrage auch schriftliche Antworten erhalten. Der Vorwurf des

Ministeriums ist allein vor diesem Hintergrund nicht nachvollziehbar.

In dem Gespräch kündigte Frau Schopper an, die im Gespräch aufgeworfenen Fragen zu anderen Themen mitzunehmen und schriftlich zu beantworten. Auch das ist bis heute nur teilweise geschehen.

Statt mit vorgeschobenen Argumenten die Verantwortung von sich zu schieben und ein ehrenamtliches Gremium von Schülerinnen und Schülern abwertend zu behandeln, sollte das Kultusministerium einräumen, dass uns Informationen zu Unrecht vorenthalten wurden – und sich bei uns entschuldigen. Diesem Eingeständnis müssen dann aber auch klare Taten folgen.

Ein erstes Zeichen echten Respekts wäre die nachträgliche Beantwortung unserer Anfrage.

Was jetzt passieren muss

Neben der Aufklärung und einem ehrlichen Umgang mit dem Landesschülerbeirat muss jetzt vor allem eines passieren: Die Missstände in der Mittelverwaltung müssen beendet und die Geschädigten entschädigt werden.

Wir fordern deshalb zwei Dinge:

Erstens, die Einrichtung eines **Investitionsfonds für Schulen** in Höhe der nicht abgerufenen Mittel durch fälschlich ausgewiesene und nicht besetzte Lehrkräftestellen. Und **zweitens** die Einrichtung eines **Projektfonds** in Höhe von einer Million Euro, um Projekte von Schülerinnen und Schülern zu fördern.

Der Investitionsfonds für Schulen soll spätestens nach der Sommerpause eingesetzt werden – sobald klar ist, wie hoch die genaue Summe aus den letzten Jahren ist. Sollte dies bis dahin nicht geklärt sein, fordern wir einen Fonds in Höhe von 1 Milliarde Euro, der später aufgestockt wird, wenn die tatsächliche Höhe bekannt ist.

Der Projektfonds soll aus den Mitteln finanziert werden, die in diesem Jahr aufgrund der falsch ausgewiesenen Stellen nicht ausgegeben werden können (die Summe beläuft sich auf mindestens 60 Millionen Euro). So werden die Hauptgeschädigten – also Schülerinnen und Schüler – zumindest teilweise entschädigt, indem ihre Mitwirkung vor Ort gestärkt wird.

Kontakt zum Landesschülerbeirat

Pressesprecherin | Esmeralda Temizyüz
presse@lsbr.de
+49 172 7388816

Vorsitzender | Joshua Meisel
vorsitz@lsbr.de
+49 172 3467697

Geschäftsstelle | Landesschülerbeirat
Silberburgstraße 158
70178 Stuttgart